



FÜNF FRAGEN

ZUM UMWELTSCHUTZ IN BRASILIEN

AN RAQUEL SIROTTI

Die brasilianische Regierung unter Präsident Jair Bolsonaro steht für ihre laxen Umweltpolitik international in der Kritik. Besonders groß war die Empörung, als Umweltminister Ricardo Salles im April in einer Kabinettsitzung vorschlug, die Coronakrise zu nutzen, um die Regeln zum Schutz des Regenwalds zu lockern. Haben die Proteste dagegen etwas bewirkt?

RAQUEL SIROTTI Seit das Video dieser Sitzung per Gerichtsbeschluss veröffentlicht wurde, haben vor allem internationale Investoren sowie Fonds, die Naturschutzprojekte unterstützen, die Regierung von Jair Bolsonaro heftig kritisiert. Sie haben damit gedroht, ihr Kapital abzuziehen, sollte die Regierung nicht mehr für den Schutz des Regenwalds unternehmen. Als Reaktion darauf verkündete der Präsident ein 120-Tage-Dekret zur Einstellung der Brandrodungen. Die Regierung versucht, von dem Image wegzukommen, dass sie den Regenwald für Profiteure öffne.

Wird die Einhaltung des Dekrets überwacht?

Zuständig für die Überwachung ist die Regierungsagentur Ibama. Das Problem dabei ist, dass Bolsonaro eine Reihe von Ibama-Beamten durch Angehörige des Militärs ersetzt hat, die keinerlei Erfahrung in Umweltpolitik haben. Entlassen wurde auch der Direktor der Agentur, die für die Erstellung von Daten über die Abholzung des brasilianischen

Regenwalds zuständig ist, und zwar nachdem er bekannt gegeben hatte, dass die Abholzung im ersten Regierungsjahr Bolsonaros im Vergleich zum Vorjahr um 88 Prozent zugenommen hat. Auch dieser Posten ging an jemanden aus dem Militär, was zu vielen Diskussionen darüber geführt hat, wie vertrauenswürdig die von dieser Agentur veröffentlichten Daten nun noch sein können.

Gibt es niemanden, der etwas gegen dieses Vorgehen unternimmt?

Brasilianische Bundesanwälte haben Anfang Mai eine Klage gegen Ricardo Salles, den Umweltminister, eingereicht, in der sie ihn beschuldigen, seine Pflichten zum Schutz der Umwelt verletzt zu haben, und seine Entlassung fordern. Es gibt also eine Bewegung in die Gegenrichtung, nämlich den Versuch, Salles durch jemanden zu ersetzen, der sich mehr mit Umweltpolitik befasst.

Wie kann die internationale Staatengemeinschaft auf Jair Bolsonaro Einfluss nehmen, um den Regenwald langfristig zu schützen?

Ich denke, die erfolgreichste Strategie war die Drohung internationaler Investoren und Unternehmer, Geld aus Brasilien abzuziehen, wenn der Umweltminister weiterhin den Regenwald für Investoren öffnet, damit diese dort tun können, was sie wollen. Auch Einfuhrbeschränkungen für brasilianische Produkte können sinnvoll sein. Bedauer-

licherweise scheint dies die einzige Sprache zu sein, die Bolsonaro versteht. Gerade jetzt, da die Regierung wegen der Coronavirus-Pandemie vor großen wirtschaftlichen Problemen steht, ist alles, was mit Investitionen, Geld und Spenden zu tun hat, sehr wichtig – noch wichtiger sogar als vor der Krise.

Die Brände im Amazonaswald wüten in diesem Jahr so stark wie schon lange nicht mehr. Gibt es in der brasilianischen Bevölkerung Widerstand gegen die Brandrodungen?

Ja, auf jeden Fall! Auch wenn es eine große Gruppe von Menschen gibt, die im Agrargeschäft tätig sind, ebenso wie Landbesitzer, die ein starkes Interesse an laxeren Umweltschutzvorschriften haben, wird der Regenwald in Brasilien allgemein als eines unserer größten Güter angesehen, das erhalten, gepflegt und nicht an internationale Interessen verkauft werden sollte. Die linken und liberaleren Parteien sind sehr besorgt über die Abholzung. Auch in der Mittelschicht gibt es viel Unzufriedenheit – selbst unter denjenigen, die bei der Wahl Jair Bolsonaro ihre Stimme gegeben haben.

Interview: Barbara Abrell

Raquel Sirotti befasst sich am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte mit der Entwicklung des Strafrechts in Lateinamerika und mit politischen Verbrechen.